

## **Mitteilung:**

Unverändert unterstützt das Bundeskartellamt das Hinzutreten weiterer Systembetreiber zur Förderung des Wettbewerbs der dualen Systeme. Entsprechend empfiehlt auch der Landkreistag NRW die Unterzeichnung der Abstimmungs- und Verpflichtungserklärung mit neuen Unternehmen.

So wurde nun auch im Juli 2007 von Seiten des Rhein-Sieg-Kreises mit der BellandVision GmbH und der Redual GmbH & Co. KG eine Abstimmungs- und Verpflichtungserklärung getroffen (wie in den vergangenen Jahren bereits mit den Firmen ISD Interseroh Dienstleistungs GmbH, Landbell AG, EKO-Punkt GmbH, Vfw AG und Zentek GmbH). Diese ist Grundlage für die Feststellung als Systembetreiber gemäß § 6 Absatz 3 der Verpackungsverordnung in Nordrhein-Westfalen.

Mit der Erklärung unterwerfen sich die Unternehmen allen Regelungen, die der Rhein-Sieg-Kreis in der Vergangenheit und zukünftig in der Abstimmungsvereinbarung mit der Duales System Deutschland GmbH (DSD) getroffen hat bzw. treffen wird.

Durch den Beitritt von Belland und Redual als weitere Systembetreiber für das Duale System erfolgt keine Änderung der Abfuhrlogistik. Belland und Redual werden die ihren Systemen zuzuordnenden lizenzierten Einweg-Verkaufsverpackungen im gelben Sack, in den vorhandenen Altglascontainern und durch eine Mitbenutzung der Altpapierbehälter einsammeln.

Die jeweils gültigen Vereinbarungen zwischen DSD und dem Rhein-Sieg-Kreis hinsichtlich der Nebenentgelte werden von Belland und Redual anerkannt. Die Höhe der zu zahlenden anteiligen Nebenentgelte – an die Städte und Gemeinden für das Standplatzmanagement der Container, bzw. für die Kommunen Rheinbach und Wachtberg sowie die Abfallberatung an die RSAG – wird anhand der Lizenzmengen von der Clearingstelle ermittelt. Eine gesamtschuldnerische Haftung von DSD ist aufgrund § 1 Abs. 2 des Clearing-Vertrags ausgeschlossen.

Die im Anhang beigefügten Abstimmungs- und Verpflichtungserklärungen entsprechen – analog der bereits geschlossenen Vereinbarungen mit o.g. Firmen – einer mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgearbeiteten rechtssicheren Lösung.

Zur Kenntnis des Umweltausschusses in seiner Sitzung am 12.09.2007